

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

29.4.1927 (No. 99)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
J. W.:  
E. N. Seyfried  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Geld frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Wirtschaftliche Umschau

Die in der kommenden Woche auf Beschluß der Völkerverbunderversammlung in Genf zusammentretende Weltwirtschaftskonferenz, an der Vertreter von 35 Staaten teilnehmen, mußte, soll sie ihren Zweck erfüllen, eine wirtschaftliche Abrüstungskonferenz werden. Die Völkerverbunderversammlung hat ihr das Ziel gesetzt, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich der Herstellung der allgemeinen Prosperität entgegenstellen, zu untersuchen und die besten Mittel zu ihrer Überwindung aufzuzeigen, soweit dies durch internationale Zusammenarbeit geschehen kann. Es ist kein Zweifel, daß zu diesem Komplex von Problemen auch die Reparationsfrage gehören würde, aber der vorbereitende Ausschuß, der im vorigen Jahr das Programm für die Konferenz aufgestellt hat, ist dieser heiklen, stark ins politische Gebiet übergreifenden Frage aus dem Weg gegangen. Ebenso hat man geglaubt, das Währungsproblem und das Auswanderungsproblem nicht behandeln zu dürfen, ersteres, weil dies das Prestige der einzelnen Staaten nicht zulasse, und letzteres aus einem ähnlichen Grund, nämlich weil Amerika, Australien usw. ihre mögliche Abschließung auch gegen europäische Einwanderung als innere Angelegenheit betrachten.

Mit der wirtschaftlichen Abrüstung steht es nicht ganz so schlimm wie mit der militärischen; denn hier sind bereits gewisse Fortschritte und Erkenntnisse zu verzeichnen. Zunächst gelang es nicht, Deutschland durch Versailles so machtlos zu machen, wie auf militärischem Gebiet, es als Wirtschaftskonkurrenten auszuschalten und unsere Wirtschaft lediglich als Reparationsmittel gerade noch zu erhalten. Man mußte einsehen, und diese Erkenntnis entstand zuerst in England, daß man auch den deutschen Kunden braucht, daß ein wirtschaftlich verelendes Deutschland ein Krebsgeschwür in der Weltwirtschaft werden müßte, und daß die Gesehe der Wirtschaft nicht durch militärisch-politische Diktate außer Kraft gesetzt werden können. Seit der Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1922 in Genau, welcher ja der Ruhrkrieg noch folgte, hat sich hier vieles geändert, und wenn auch noch keine Endlösung der Reparationsfrage gefunden ist, so ist man doch bereits vom reinen Diktat durch das vorläufige Kompromiß des Dawesplanes abgekommen. Man hält so bisher weiter an der Fiktion der Unveränderbarkeit des Versailles Diktats fest und will auch in Genf politische Erörterungen zu vermeiden suchen. Ob dies möglich sein wird, steht freilich sehr dahin.

Das Programm für Genf enthält in zwei Teilen, einem allgemeinen und einem besonderen, eine große Reihe von Fragen, die sich auf die Freiheit von Handel und Verkehr, die Produktion von Industrie und Landwirtschaft beziehen. Diese Fragen sollen in Genf von Sachverständigen aller Völker unterzucht und das Ergebnis den Regierungen und der Weltmeinung unterbreitet werden. Als feststehend kann man es betrachten, daß der wirtschaftliche Nationalismus, die Hochschutzzollpolitik, welche die Länder mit immer höheren Zollmauern gegeneinander abschloß, mit den grundlegenden Forderungen von Versailles die Schuld am heutigen Wirtschaftszustand der Welt tragen, und es steht ferner außer aller Frage, daß vor allem durch Verringerung der schweren Zollrückstellungen Hilfe kommen kann. Man hat überall künstlich alle möglichen Industrien ins Leben gerufen, um sich mit möglichst viel Artikeln selbst versorgen zu können. Die Produktion ist vielfach in hohem Grad unwirtschaftlich geworden, und wird trotzdem in manchen Ländern, vor allem europäischen, künstlich durch Hochschutzzollpolitik weiter am Leben erhalten. Dies verteuert und hemmt den Konsum, und die Folge ist die Erwerbslosigkeit von sechs bis acht Millionen in Europa.

Eine europäische Zollunion wird aus dem Genfer Beratungen sicher nicht hervorgehen, soweit sind die Dinge noch lange nicht. Auch eine Ära des Freihandels wird nicht sogleich kommen. Man wird zufrieden sein können, brauchbare und realisierbare Reformvorschläge zu hören. Ihre Verwirklichung wird jedoch davon abhängen, wie sich die einzelnen Regierungen dazu stellen.

Bekanntlich ist in dieser Konferenz Deutschland an führender Stelle tätig. Auch die Teilnehmer aus dem Ausland, namentlich die Wissenschaftler, geben ihrer ganzen Persönlichkeit nach dafür eine gewisse Gewähr, daß die Weltwirtschaftskonferenz doch nicht in dem Maße für politische Bestrebungen einzelner Staaten nur Kulisse wird, wie manche der vorhergegangenen Genfer Tagun-

gen. So ist zu hoffen, daß der große Grundgedanke der Konferenz, die weltwirtschaftliche Verständigung in Genf, mit Objektivität und wissenschaftlichem Ernst erörtert wird. Die dabei in Aussicht genommene Gründung eines Weltwirtschaftsamtes als Forschungseinrichtung des Völkerverbundes kann gar wohl Grundlagen zum Vorwärtkommen schaffen.

Die bekannte Holzgroßfirma Gebr. Himmelsbach, Freiburg, ein seit 80 Jahren bestehendes badisches Unternehmen, das durch seine führende Stellung auf dem Gebiet der Holzkonfektionierung (Leitungsbau, Eisenbahnoberbau) Weltruf erlangt und in verschiedenen Betrieben 2000 Arbeiter beschäftigt, hat ihren Antrag auf Verhängung der Geschäftsaufsicht damit begründet, daß sie durch den Boykott der Länder Preußen, Hessen und Bayern, — Baden ist hier nicht beteiligt —, schwerste finanzielle Einbußen erlitten habe. Im Jahre 1924 war der Firma der schwere Vorwurf gemacht worden, sie habe aus Profitgier Geheimverträge mit den Alliierten abgeschlossen und große Waldflächen im besetzten Gebiet verwüsten. Ein Wahrheitsbeweis wurde für diese Anschuldigungen nicht erbracht, der Angreifer Fernbach mußte auch in dem bekannten Prozeß widerrufen, aber es wurde ihm der § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt und er freigesprochen. Die Firma Himmelsbach behauptet, daß sie von den Ländern und auch vom Reich bis heute planmäßig boykottiert worden sei und zwar durch Ausschließung von den großen öffentlichen Arbeiten und vom Holzbezug aus den staatlichen Forsten. Die Abholungsverträge mit den Alliierten waren seinerzeit als illegale und staatsfeindliche Handlung der Firma zur Last gelegt worden. Gegen diese Auffassung stehen jedoch Gutachten namhafter Völkerrechtslehrer, daß es sich um sog. Rückverträge handle, wie sie auch von anderen Firmen abgeschlossen worden seien. Von seiten der betreffenden Staaten wird erklärt, daß nicht diese Verträge, sondern schwer beleidigende Äußerungen in dem bekannten Fernbachprozeß die Ursachen für den Abbruch der Beziehungen zwischen den staatlichen Stellen und der Firma gewesen seien.

Die Firma hat seit längerem Schadenersatzprozesse in Höhe von 20 Millionen gegen die drei Länder angestrengt und außerdem jetzt auch das Auswärtige Amt verklagt, daß es gegen die Amnestiebestimmungen des Londoner Vertrags gehandelt habe. Ferner laufen Klagen gegen das Reichswirtschaftsministerium und die Reichspost. Wie aus dem Antrag der Firma auf Stellung unter Geschäftsaufsicht hervorgeht, hofft sie innerhalb der Zeit der Geschäftsaufsicht zu einem Vergleich zu kommen und dadurch größere Mittel zu erhalten, um sich zu sanieren. Bisher sind Vergleichsversuche gescheitert. Übrigens haben auch Länder wie Bayern wegen entgegen den Verträgen mit den Alliierten vorgenommenen Überfällungen in den Wäldern Schadenersatzansprüche gegen die Firma erhoben. Die Aussichten für einen Vergleich scheinen somit zunächst nicht groß. Die Firma ist bekanntlich auch an der Mologa beteiligt, sie erklärt, daß sie bei den Kämpfen um ihre Ehre und materielle Existenz im Inland nicht die Kräfte habe freimachen können, um ihre ausländischen Unternehmungen vor Schaden zu bewahren. Die ganze Angelegenheit wird wohl auch politisch-parlamentarische Nachspiele haben, zumal die betreffenden Landesforstverwaltungen wegen ihres Verhaltens verschiedentlich in der Presse angegriffen wurden und ihrerseits wiederum Entgegnungen veröffentlichten.

Die Meldung, daß der Weiterbau der Neckarkanalisation durch Einstellung der Arbeiten an der so viel umstrittenen Staustufe Heidelberg in Frage gestellt sei, hat starke Proteste, natürlich vor allem von württembergischer Seite hervorgerufen. Sowohl der württembergische Kanalverein, als auch verschiedene industrielle und Handels-Organisationen, auch badische, haben sich telegraphisch nach Berlin gewendet. Im württemberg. Landtag wurde auf eine Interpellation vom Innenminister beauftragt, daß eine Stockung der Arbeiten bei der in Heidelberg vorgesehenen Staustufe eingetreten sei, und daß das Reichskabinett über die Weiterführung der Kanalisation nochmals beschließen wolle. Diese erschein jedoch gesichert. Der Reichsverkehrsminister nehme den Standpunkt ein, daß der Kanal weitergebaut werden solle, und daß die von Heidelberger Seite erhobenen Bedenken als überwunden anzusehen seien.

Im Reichsministerium werde eine Denkschrift mit in dieser Richtung gehenden Schlussfolgerungen ausgearbeitet. Auch die Verhandlungen über den Ausbau und die Finanzierung der Staustufen Horfheim und Obereflingen zeigen, daß das Werk fortgeführt werden soll. Die württembergische Regierung vertrete als Mindestprogramm den Neckarausbau von Mannheim bis Heilbronn. Der württembergische Landtag nahm sodann eine Entschließung für die ununterbrochene Fortsetzung der Arbeiten an.

Bekanntlich hat sich auch im badischen Landtag seinerzeit eine Mehrheit für die Fortsetzung der Neckarfanalisierung ausgesprochen, obwohl dieser Kanal, sowohl als Schiffsfahrtsstraße, wie als Kraftlieferant für Baden nur von sekundärer Bedeutung ist. Es ist nach Ankündigungen der Parteipresse anzunehmen, daß auch der badische Landtag sich mit der Angelegenheit beschäftigen wird, wenn die Reichsregierung sich für die weitere Siftierung der Arbeiten aussprechen würde. Bekanntlich hat der Reichstag im diesjährigen Etat erst vor kurzem dafür 3,5 Mill. bewilligt, und es sind auch oberhalb Heidelberg bereits verschiedene Staustufen fertiggestellt. Hauptgegner des Kanals sind Heidelberger Kreise, die für das dortige Landschaftsbild Schädigungen befürchten, und ihren Standpunkt, mit dem sie übrigens nicht durchbringen konnten, auch damit belegen, daß eine Rentabilität dieser Schiffsfahrtsstraße nicht zu erwarten sei. Die letztere Auffassung scheint auch in der Reichsregierung Anhänger zu haben, weshalb der Reichsverkehrsminister, der wie sein Vorgänger, für die Kanalisation ist, nochmals eine sachliche Entscheidung im Kabinett beantragt hat.

### Rücknahme der Mologakonzeffion

Auf der Generalversammlung der Mologa, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Berlin stattfand, teilte der eben aus Moskau zurückgekehrte Unterhändler der Mologa, Staatssekretär Dr. Gemmer, mit, daß das Aktienkapital verloren sei. Von den Vorschüssen der deutschen Gruppen deute man aber einiges herauszuholen zu können. Endergebnis werde jedenfalls sein, daß die Mologa aus der Konzeffion herausgehe und daß die Mologa überhaupt nach geraumer Zeit verschwinden werde. Nach Übergabe an die Russen würden auch die deutschen Beamten zurückkehren, soweit die Russen nicht einzelne Fachleute für sich engagierten. Der Geschäftsaufsichtsantrag der Mologa sei noch nicht genehmigt. Alle russischen Verpflichtungen der Mologa seien vorläufig prolongiert worden. Davon, daß sich ausländisches Interesse für die Mologa-Konzeffion zeige, ist Dr. Gemmer nichts bekannt. Absicht der Russen sei, die Konzeffion als einheitliches Wirtschaftsgebilde zu erhalten, wobei ungewiß ist, ob sie von einem bestehenden Trust übernommen oder ob ad hoc ein neuer gebildet werde. Die Gründe des Mißtrags seien einmal die unzulängliche Finanzierungsweise. Dabei tangierten die Himmelsbach'schen Schwierigkeiten die Mologa direkt nicht. Durch sie seien jedoch die bestehenden latenten Finanzierungsschwierigkeiten akut geworden, denn die übrigen Beteiligten, wie Deutsch-Luxemburg und Gelsenkirchen, hätten weitere Mittel nur pari passu mit Gebr. Himmelsbach geben wollen. Zweitens habe das Konzeffionsobjekt den Erwartungen in keiner Richtung entsprochen. Die Konzeffionsnehmer hätten sich veralkaliert. Die f. B. gemachten Stichproben hätten in bezug auf die Dimensionen der herzustellenden Ware ein falsches Bild gegeben, was angesichts der Größe des Konzeffionsgebietes (etwa Baden einschließlich) nicht verwunderlich sei. Drittens seien die Gestehungskosten in Rußland zu hoch, als daß mit Nutzen exportiert werden konnte; der russische Inlandsmarkt aber verlangte größere als die im Konzeffionsgebiet herstellbaren Dimensionen, wenigstens wenn man gewinnbringende Preise erzielen wollte. Abschließend hätten zwar nie bestanden, aber der Absatz habe eben nur zu unzulänglichen Preisen stattfinden können. Viertens seien die sozialen Lasten sehr hoch. Fünftens hätten auch gewisse persönliche Momente eine Rolle gespielt. Die Sowjet-Behörden, auch die Staatsbank, seien aber im allgemeinen entgegenkommend gewesen, abgesehen von der Frage der Revision der Konzeffionsverträge. Die bekannte Bestechungs-Affäre würde überschätzt. Die Mologa habe dabei höchstens 60—70 000 Rubel verloren. Im übrigen hätte man mit Korruptionserscheinungen in keiner Weise zu kämpfen gehabt.

Der Reichskanzler an die Berliner Industrie- und Handelskammer. Reichskanzler Dr. Marx hat dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, Franz v. Wendelschön, zur Feier der 25jährigen Wiederkehr des Gründungstages der Industrie- und Handelskammer zu Berlin die aufrichtigsten Glückwünsche auch namens der Reichsregierung telegraphisch übermittelt.

Am Risi. Verschiedene italienische Blätter greifen den italienischen Ministerpräsidenten Risi wegen einer Unterredung mit dem Belgrader „Breme“ scharf an und verlangen daß ihm die italienische Staatsangehörigkeit entzogen werde. „Popolo d'Italia“ erwähnt die italienische Presse, sich nicht mehr um die politischen Emigranten zu kümmern, besonders nicht mehr mit ihren Artikeln und Veröffentlichungen zu polemisieren.

# Politische Neuigkeiten

## Strefemann an Briand

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Strefemann hat an den französischen Minister Briand anlässlich dessen parlamentarischen Jubiläums folgendes Glückwunschsgramm gerichtet:

Sehr verehrter Herr Briand! An dem heutigen Tage, an dem es Ihnen beschieden ist, auf 25 Jahre eines ehrenreichen politischen Lebens zurückzublicken, übersende ich Ihnen meine aufrichtigen Glückwünsche und spreche Ihnen die Hoffnung aus, daß Ihnen noch viel Jahre fruchtbringender Tätigkeit beschieden sein mögen.

Briand antwortete: Sehr gerührt von Ihrem Glückwunsch, danke ich Ihnen dafür aufrichtig. Wenn ich den während der 25 Jahre meines politischen Lebens durchlaufenen Weg überblicke, so zähle ich die letzten beiden Jahre zu den fruchtbringendsten, während welcher Zeit wir im Interesse unserer beiden Länder und des Weltfriedens in gemeinsamem Streben dieses Ziel verfolgt haben.

Auch die Stadt Locarno hat dem Minister Briand zu seinem Jubiläum Glückwünsche übermittelt.

## Schredensherrschaft in Litauen

Nach einer Meldung der „Litauischen Rundschau“ beurteilte das Kriegsgericht Kovno den ehemaligen volkssozialistischen Sejmabgeordneten Josef Rajajis, Oberleutnant Erich Tornau und Sergeant Schemaitis wegen Vorbereitung eines militärischen Aufstandes zum Tode durch Erschießen. In den weiteren 19 Angeklagten wurde ein Sergeant zu 12 Jahren, ein Feldwebel und ein Schreiber zu je 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sämtliche militärischen Angeklagten wurden degradiert und aus dem Heere ausgeschlossen. Rajajis, Tornau und Schemaitis haben an den Staatspräsidenten ein Gnabengesuch gerichtet, dem, wie die „Litauische Rundschau“ wissen will, voraussichtlich stattgegeben werden wird.

Die innerpolitische Krise in Litauen verschärft sich immer mehr. Die Pläne der Regierung läßt ein durch Rundfunk verbreiteter Leitartikel des offiziellen „Litauis“ erraten, in welchem unter den gegenwärtigen Umständen erst nach längerer Zeit wieder einberufen werden könnte, erscheine es ratsam, unterdessen die notwendigen Regierungsmassnahmen vom Ministerrat beschließen und durch Dekrete des Staatspräsidenten veröffentlichen zu lassen. Ferner plädiert das offiziöse Blatt dafür, den Staatspräsidenten Smetona für Lebenszeit zum Staatsoberhaupt zu wählen. Die Gerüchte über einen angeblich bevorstehenden Rücktritt des Ministerpräsidenten Voldemaras bestätigen sich nicht. Da die der Regierung angehörenden liberalen Minister aber das von allen Ministern für notwendig erklärte Referendum über eine Verfassungsänderung ablehnen und für Neuwahlen eintreten, so ist mit ihrem baldigen Ausscheiden zu rechnen. Der zur Bauernpartei gehörende Verkehrsminister Jankevičius ist bereits zurückgetreten. Hinter Voldemaras steht eigentlich nur die wenig zahlreich nationalliberale Partei, die beim Großgrundbesitz und Großbauernum und auch im Offizierskorps ihre Stütze findet.

**Zollermäßigungen für französische Weine.** Der Reichsrat hat am Donnerstag einer Verordnung über Zollermäßigung für Wein zugestimmt. Die Verordnung ändert die frühere Verordnung vom 18. Februar d. J. über Zollermäßigung für französische noch nicht zur Zollabfertigung gelangte Weine dahin ab, daß auch auf das zweite noch unter Zollverschluss lagernde Weindrittel statt der ermäßigten Zollsätze solche von 32 RM. für einen Doppelzentner Wein und 45 RM. für einen Doppelzentner Weiswein angewendet sind, wenn die Verzollung spätestens bis zum 30. Juni dieses Jahres erfolgt.

**Der diesjährige Vertretertag des Volksbundes Deutsche Kriegsgriberfürsorge** findet am 27. und 28. Mai in München statt. Am Vorabend der Tagung wird an Hand von Lichtbildern über die Ausgestaltung unserer Kriegsgriberfürsorge berichtet werden, am ersten Verhandlungstage findet eine Erörterung unserer Gefallenen am Münchener Kriegerehrentempel statt. Die in Frage kommenden Reichszentralbehörden und sämtliche Zentralbehörden der deutschen Länder sowie die Mitglieder des Verwaltungsrates des Volksbundes sind zur Teilnahme an den Verhandlungen eingeladen worden.

**Schiedsgericht in der Kali-Industrie.** In den Manteltarif- und Arbeitszeitfreilichkeiten in der Kaliindustrie wurde nach zweitägigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht gefällt, der den Manteltarif mit einigen Abänderungen zugunsten der Arbeitnehmer wieder in Kraft setzt. Die Schlichtung wird in einschichtigen Betrieben vom 1. August ab auf 10½ Stunden, in Fabriken, Kesseln und Maschinenhäusern und sämtlichen durchgehenden Betrieben vom 1. Januar auf 11 Stunden herabgesetzt. Für die über 8 Stunden hinaus tatsächlich geleistete Arbeit ist vom 1. Mai ab ein Lohnzuschlag von 15 Proz. festgesetzt. Die Frist zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsgerichtes läuft am 29. April ab.

**Schnellzüge für Sonntagskarten in Württemberg auch im Sommer.** Einer Verfügung der Reichsbahndirektion Stuttgart ist zu entnehmen, daß den Inhabern von Sonntagsrückfahrkarten 3. und 4. Klasse im Bezirk der Reichsbahndirektion Stuttgart auch während des Sommerfahrplans bis auf weiteres die Benützung sämtlicher Eil- und Schnellzüge gestattet sein wird. Die Benützung der beschleunigten Personenzüge nach Heilbronn-Odenwald-Frankfurt, nach Ulm-München war in Württemberg von jeher freigegeben.

**Das südlawische Eisenbahn-Programm.** Nach den von südlawischen Verkehrsminister, dem General Wilschowsky, gemachten Mitteilungen hat die Regierung beschlossen, den wichtigsten Teil des großen staatlichen Eisenbahnbauprogramms, nämlich die Verbindung der östlichen Staatsgebiete mit der Adriaküste, durch mehrere transversale Eisenbahnlinien gleichzeitig durchzuführen. Hierbei ist Split (Epilato) als zukünftiger südlaw. Zentralhafen in Aussicht genommen. Außer durch die bereits bestehende Eisenbahnlinie Agrani-Spalato soll letzteres noch durch weitere 2 Linien mit dem nordöstlichen Staatsgebiet verbunden werden. Auch Südbosnien soll durch eine neue Eisenbahnlinie direkten Zugang zur Adria erhalten.

**Flugzeuge nach Genf: schwarzer Streifen.** Die internationale Luftverkehrs-Konferenz in London hat einer Anregung des Verkehrsministeriums des Völkerbundes gemäß beschlossen, daß Flugzeuge, die in dringlichen Völkerbundsangelegenheiten sich nach Genf begeben (beispielsweise bei eiliger Überbringung des Völkerbundsrats in Konfliktfällen), als besondere Ausweis einen schwarzen Streifen durch ihr Landeszeichen führen. Die weitergehende Nachricht der „Morning Post“, wonach der Völkerbund sich eine eigene Luftflotte anschaffe, entbehrt der Grundlage.

**Auflösung der katholischen Sportvereine in Italien.** Das katholische Presseamt in Rom gibt bekannt, daß die katholischen Sportvereine Italiens sich jetzt aufgelöst haben in anbetragt des Umstandes, daß die italienischen Sportveranstaltungen unter die faschistische Parteiorganisation gestellt worden sind.

# Kurze Nachrichten

**Zum Artikel 48 der Reichsverfassung.** Eine Korrespondenzmeldung über das Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung wird von mehreren Blättern insofern bestätigt, als neben Besprechungen der Reichstrefforts vom Reichsinnenministerium eine Fühlungnahme mit den Landesregierungen in der Angelegenheit aufgenommen worden ist, um die noch strittigen Fragen des Geschenkwerkes zu klären. Wann das Gesetz dem Reichstabeit und den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt wird, ist dagegen unbestimmt.

**Abweisung der Eigentumsfrage Bergdolls.** Die Eigentumsfrage des bekannten Deutschamerikaners Bergdoll, den man wiederholt zu entführen versuchte, wurde vom höchsten Gerichtshof des Staates Columbia abgewiesen, da der Kläger durch keinen Anwalt vertreten war. Es handelte sich um die Rückgabe von einer Million durch den Verwalter des fremden Eigentums.

**Die französischen Gewerkschaften durch die neuen Militärgesetze.** In einer längeren Entschließung nimmt, wie aus Paris gemeldet wird, der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Arbeiterverbandes (CGT) Stellung gegen die neuen Militärgesetze. Er erklärt, diese nicht annehmen zu können, da sie in den schwersten Zeiten die Arbeiterklasse und ihre Organisationen materiell und geistig der unbeschränkten Militärautorität unterwerfen würden.

**Einrichtung von Kommunisten in Peking.** Einer halbamtlichen Mitteilung zufolge, hat ein außerordentliches geheimes Gericht während der letzten drei Tage in Peking getagt und die des Landesverrats angeklagten Kommunisten zum Tode verurteilt. Bis jetzt sind 20 Kommunisten hingerichtet worden, darunter eine Frau.

# Badischer Teil

## Besuch des Reichsinnenministers v. Reudell in Karlsruhe

Wie wir hören, wird Reichsinnenminister von Reudell am 8. Mai der badischen Regierung in Karlsruhe einen Besuch abtatten.

## Oberrheinischer Schifffahrtstag 1927

Wie alljährlich findet 1927 im Juni die Generalversammlung des Vereins für die Schifffahrt auf dem Oberrhein in Basel statt. An ihr nehmen auch der Schifffahrtsverein Konstanz und der Nord-Schweizerische Schifffahrtsverband St. Gallen teil. Im Anschluß an die Sitzungen findet auch dieses Jahr wieder eine jener hochinteressanten Dampferfahrten Rheinabwärts statt. In diesem Jahre ist eine Fahrt bis Breisach geplant, um dem Städtchen einen Besuch abzustatten; ist es doch schon lange her, daß die Wasler Schiffsleute vor 90 Jahren (1837) per Dampfschiff nach Breisach fuhren. Bei dieser Gelegenheit werden auch die Isteiner Schwellen („Kloßen“ von den Schiffleuten genannt), überfahren, was für die Mitschiffenden besonders interessant ist. Diese Schwellen und die Furten der Riesbänke machen der Schifffahrt immer größere Schwierigkeiten, so daß der Ruf um Regulierung der Strecke Basel-Strasbourg auch für die Personenschifffahrt gerechtfertigt erscheint.

## Vom Redarkanal

Die Verhandlungen bei der Redar A.G. haben, wie das Stuttgarter „Neue Tagblatt“ hört, am Mittwoch zu dem Ergebnis geführt, daß schon in den nächsten Tagen die Arbeiten an den Staustufen Oberrhein und Pfortheim, die bekanntlich in der schlimmsten Inflationzeit, im Jahre 1926, eingestellt werden mußten, zur Vergebung ausgeschrieben werden können. Das Reich hat hierfür erhebliche Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt. Den württembergischen Anteil an den Kosten hat die Regierung in dem zur Zeit der Beratung des Landtages unterliegenden Nachtragsplan angefordert. Ebenso besteht Einigkeit über die Veseitigung der Hochwassergerate in Cannstatt und dem damit zusammenhängenden Bau der Staustufen Cannstatt und Münster und die Verteilung der Kosten hierfür. Es scheint, daß der starke Widerstand, auf den die Hinauszögerung der Arbeiten bei Heidelberg gestoßen ist, starken Einbruch gemacht hat. Es wird erwartet, daß der Reichsverkehrsminister zu seinem Antrittsbesuch bei der württembergischen Regierung anfangs der nächsten Woche die Mittelteilung mitbringen wird, daß der Vergebung auch der Heidelberger Arbeiten nichts mehr im Wege steht.

## Ein Hirten schreiben über moderne Sittlichkeitsfragen

In den Kirchen der Erzdiözese Freiburg wird am kommenden Sonntag ein Hirten schreiben des Erzbischofs Dr. Karl Fritz zur Verlesung kommen, das sich mit modernen Sittlichkeitsfragen beschäftigt. Unter Anlehnung an eine Weisung des Papstes wird angeordnet, daß an allen Kirchengemeinden Richtlinien angeschlagen werden, die sich auf die Wohlstandigkeit der Frauenkleidung beziehen. Die Kirche habe, so heißt es, zu allen Zeiten eine unanständige Frauenkleidung als furchtbare Entartung verurteilt, und sie setze sich gegen die immer mehr überhand nehmende sittenwidrige Kleidermode zu einem energischen Kampf gezwungen, zumal auch beim Besuch der Gotteshäuser eine derartige Kleidung getragen wird. Frauen und Mädchen dürfen zum Gottesdienst und zum Empfang der heiligen Sacramente nur in einer Kleidung erscheinen, die bis nahe an den Hals geschlossen ist, die Oberarme ganz bedeckt und über die Arme hinausreicht. Es wird Ausschluß bei der Spendung der heiligen Kommunion in Aussicht gestellt, falls eine Verwarnung fruchtlos sein sollte. In dem Hirten schreiben wird dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß der gesunde Sinn der großen Mehrzahl christlicher Frauen und Mädchen die Torheiten einer furchtbaren Mode ablehnt. Des weitern wird gegen das in den letzten Jahren überhand nehmende gemeinsame Baden der Geschlechter in öffentlichen Gewässern, zum Teil in der Nähe von Ortschaften und belebten Straßen, beim Fehlen jeglicher Anleideräume Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Bevölkerung an diesen öffentlichen Mißständen Anstoß nehme und eine frühzeitige sittliche Verberberung der Jugend befürchte. In Strandbädern sollten unbedingt die nötigen Anleideräume vorhanden sein, und in geeigneter Weise müsse für Ordnung und den nötigen Schutz der öffentlichen Sittlichkeit gesorgt werden.

Der Bezirksrat Waldkirch besaßte sich in seiner letzten Sitzung u. a. auch mit der Frage des Verkehrs im Elztal. In einer Entschließung spricht sich der Bezirksrat bezgl. des Ausbaus der Elztalbahn für den von der Vollversammlung der Handelskammer für den Kreis Freiburg, einstimmig angenommenen Beschluß aus. Der alsbaldige Ausbau der Elztalbahn von Elzach nach Triberg oder Malsbach entspreche einem allgemeinen Bedürfnis und wird dringend befürwortet.

# Katholische Kirchensteuervertretung

Der Erzbischof hat die katholische Kirchensteuervertretung auf Mittwoch, den 4. Mai nach Freiburg einberufen. Die Tagung findet im Saale des städtischen Kaufhauses statt.

## Franz Friedrich Geppert

Dr. Buhl, 28. April. Im Alter von 73 Jahren starb gestern hier der Vorsitzende des Kreisrates Baden, Franz Friedrich Geppert. Er gehörte der Jugend auf der Zentrums-partei an und war lange Jahre als Vertreter der Wahlkreis Oberkirch Mitglied der Zentrumsfraktion des badischen Landtages.

Geppert wurde 1854 in Bühl geboren. Der strebsame junge Mann wandte sich dem Berufe der Kaufmannschaft zu. Im Hause Lindau in Heidelberg machte er 1870/73 die Lehre durch, um dann in seiner Vaterstadt mit der Zeit neben seinem Geschäft verschiedene Ämter: wie Stadtrechner, Stützungsrechner, Gemeinderat, Bezirks- und Kreisrat zu übernehmen. Auf diesem Wege sammelte sich Geppert Kenntnisse die ihn bald als Kandidaten seiner Partei für den badischen Landtag wertvoll machten. Im Wahlkreis 28 Oberkirch wurde er mehrfach als Vertreter des Zentrums gewählt. Im Jahre 1918 ließ er sich wegen Arbeitsüberhäufung nicht mehr für den Landtag aufstellen. Sein Nachfolger wurde Bürgermeister Engelhardt. Wie im Landtag, so gehörte er auch in der Landratskammer und im Kreisrat, den er lange leitete, zu den führenden Vertretern des Zentrums.

## Lohnbewegungen in Baden

Die Gehälter der Karlsruher Industriearbeiter. Der Schiedspruch wegen der zukünftigen Gehälter der Industriearbeiter in Karlsruhe sieht eine Erhöhung der Gehälter um 6-7 Proz. vor. Die Erklärungsfrist läuft am 2. Mai ab. Die Gewerkschaften haben den Schiedspruch bereits angenommen.

**Gehaltsstreit im Heidelberger Einzelhandel.** Vor dem Landesgericht, Landrat Stehle, kam im Gehaltsstreit der Angestellten des Heidelberger Einzelhandels eine Einigung zustande. Das in Karlsruhe zwischen den Parteien in freier Vereinbarung zustandgekommene Gehaltsabkommen (7 Prozent Erhöhung bis 1. April 1928) wurde übernommen.

**Ergebnisse Lohnverhandlungen in der Uhrenindustrie.** Die am Dienstag in Donaueschingen gepflogenen Verhandlungen über eine Erhöhung der Tarife der Angestellten in der Uhrenindustrie sind ergebnislos verlaufen. Von seiten der Angestelltenvereinigungen wird der Schlichtungsausschuß Rothweil angerufen werden.

# Kurze Nachrichten aus Baden

**Mannheim, 27. April.** Dr. Wetterer, Mannheim, der Verfasser des Lehrbuches der „Röntgen- und Radiumtherapie“, der Begründer und Verfasser der „Internationalen Radiotherapie“ ist zum Ehrenmitglied der großen wissenschaftlichen Gesellschaft für Röntgen- und Radiumforschung Mittelamerikas S. M. Electro-Radiologia ernannt worden.

**Freiburg, 28. April.** Der Glottertal-Pfad des Schwarzwaldvereins von Denzlingen b. Denzlingen-Neuberg bis zum Kurhaus-Oberrheintal ist fertiggestellt. Die Umringung der Wegbegrenzungen und die Wegabnahme erfolgen in den nächsten Tagen. Da der Weg fast ausschließlich durch Privatgüter führt, wird dringend gebeten, dem Weg auch den nötigen Schutz angedeihen zu lassen und Wiesen, Blumen, Feld und Gärten zu schonen.

**Freiburg i. B., 28. April.** Die Volkshochschule Freiburg hat im vergangenen Semester eine erfreuliche Entwicklung genommen. Es wurde im Wintersemester 1926/27 die bis dahin höchste Zahl von 760 Schülern erreicht. Im Wintersemester 1926/27 stieg diese Zahl auf 1010. Die Hörer (60 Prozent weiblich) setzen sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen. 72 Proz. der Schüler sind unter 35 Jahren, 44 Proz. haben Volkshochschulbildung, 39 Proz. die mittlere Reife, der Rest das Abitur. Unter den Männern bilden die Angestellten mit 32 Proz. die größte Berufsgruppe, der Arbeiterschaft gehören 23 Proz., der Beamtenschaft 19 Proz. an. Das Sommersemester beginnt am 5. Mai.

**Freiburg i. B., 28. April.** In Uffhausen starb im Alter von nahezu 70 Jahren Professor Dr.-Ing. h. c. Geheimer Oberbauart Karl Wöhrmann. Der Beremigte war auf dem Gebiete des Bauwesens ein hervorragender Fachmann. Neben reicher schriftstellerischer Tätigkeit bearbeitete er auch „Das Lehrbuch der gotischen Konstruktions“ von G. Ungewitter.

**Landau, 28. April.** Von der Gauleitung Pfalz der Nationalsozialisten war beabsichtigt, den am Sonntag in Landau geplanten Parteitag trotz des Verbots des Landauer Senats abzuhalten. Die Besatzungsbehörde hat hierauf zu verstehen gegeben, daß sie jede Zuwiderhandlung gegen das deutsche Verbot im Interesse der Sicherheit der Besatzungstruppen verhindern wird. Wegen der daraus entstehenden unabwehrbaren Folgen hat die Partei nunmehr beschlossen, von jeder Veranstaltung in Landau Abstand zu nehmen. Man will nun den Parteitag demnach in einem badischen Orte abhalten, wobei auch Adolf Hitler zugegen sein soll.

**Bad Krozingen.** Zur Feier der mit vollem Erfolg getronten Feuerbohrung der Thermalquelle findet am 29. Mai ein Duellfest in großer Aufmachung statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung sollen unter anderem ein Festzug in plastischer Darstellung des Werdeganges der Quelle von ihrer Erbohrung bis zum heutigen Tage, sowie ein großes Feuerwerk durchgeführt werden. — Das Bad ist bereits wieder stark besucht und erfreulich ist, wie sich in diesem Jahre die Anfragen nach Unterkunftsstellen usw. mehren, ein Beweis dafür, daß Krozingen auf dem Wege ist, sich eine geachtete Stellung unter den Heilbädern zu erringen.

**Speenbach, 28. April.** Der bereits auf das vergangene Jahr geplante Heimtag wird nunmehr bestimmt am 26., 27. und 28. August d. J. abgehalten werden. Die auswärtigen Speenbacher werden hierzu von der Gemeindeverwaltung besonders eingeladen. Gleichzeitig wird an diesen Tagen auch die Kirchweih, die in früheren Zeiten immer im August stattfand, gefeiert werden. Die Vereine sind bereits eifrig in Tätigkeit, um den Gästen frohe Stunden in ihrer alten Heimat zu bereiten.

**Wetternachrichten der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe.** Südbaden hatte gestern noch einzelne Regenfälle. In Nordbaden war es trocken und nachmittags vorwiegend heiter. Starke Temperaturerhöhungen haben in Nordfrankreich heute morgen zu heftigen Gewittern geführt. Das dort liegende Tieftief tritt jetzt allmählich mit einem Ausläufer des nord-europäischen Tiefs in Verbindung, so daß wir Luftaufhebung aus dem inzwischen gestillten Balkanblock erhalten. Damit besteht zunächst noch Aussicht auf Fortbestand der ziemlich heiteren Witterung, deren Dauer jedoch von dem weiteren Verhalten der neuen über dem Ozean liegenden Störungen abhängt. Aussichten bis Samstag: Teilweise heiter und meist trocken, wärmer mit Gewitterbildung.

## Aus der Landeshauptstadt

### XXII. Deutscher Geographentag

Zu dem in der Pfingstwoche in Karlsruhe tagenden Deutschen Geographentag haben alle Freunde der Geographie Zutritt. Für die Beteiligung bestehen zwei Möglichkeiten, als Mitglied oder als Teilnehmer. Die Mitglieder zahlen 10 RM, und erhalten dann den umfangreichen Bericht über die Tagung, der etwa bis Schluß des Jahres erscheinen wird; die Teilnehmer haben dieselben Rechte wie die Mitglieder, erhalten aber den Bericht nicht und sind nicht stimmberechtigt. Wer also Wert auf den Verhandlungsbericht legt, der vor allem alle Vorträge, die während der Tagung gehalten werden, enthält, tut gut, sich als Mitglied anzumelden. Teilkarten für einzelne Vorträge werden nicht ausgegeben.

Aber die Vorträge, die geographische Aufstellung, die mit der Tagung verbunden ist, und über die zahlreichen Ausflüge, welche sich anschließen, gibt das Programm näheren Aufschluß. Dasselbe ist beim Geschäftsführer des Ortsausschusses, Oberregierungsrat M. Walter im Unterrichtsministerium hier, erhältlich.

Bei Anfragen, Anmeldungen und Beitragszahlungen kommen immer wieder Verwechslungen zwischen dem Deutschen Geographentag und der Geographischen Gesellschaft vor, weil bei beiden der Vorsitz, die Geschäfts- und Kassenerführung in den gleichen Händen liegt. Es ist deshalb immer genau anzugeben, ob es sich um den Deutschen Geographentag oder um die Geographische Gesellschaft Karlsruhe handelt.

Wie wir hören, laufen die Meldungen für den Geographentag recht zahlreich ein. Unter anderem hat sich auch der Professor der Geologie der Universität Hawaii in Honolulu zur Tagung angemeldet.

### Große Deutsche Turn- und Sportausstellung Karlsruhe 1927

Der Badische Landesauschuss für Leibesübungen und Jugendpflege als Gesamtvertretung der Badischen Turn-, Sport- und Jugendverbände veranstaltet in den Tagen vom 25. Juni bis 10. Juli in Karlsruhe die „Deutsche Turn- und Sportausstellung“, der eine besondere Bedeutung beigemessen werden darf. Alle großen Turn- und Sportverbände haben ihre Teilnahme zugesagt. Die Ausstellung soll nicht nur ein übersichtliches Bild über den Stand der Leibesübungen in Deutschland, durch wertvolles Ausstellungsmaterial, Statistiken und Bilder geben, sondern vor allem auch die praktische Seite der Leibesübungen zur Geltung bringen. Der Deutsche Reichsausschuss für Leibesübungen hat seine umfangreiche Wanderausstellung zur Verfügung gestellt. Auch das Deutsche Museum für Leibesübungen, Berlin, wird mit einer Wanderausstellung vertreten sein und der Landesverband Baden des Deutschen Sportärztebundes hat seine weitgehende Unterstützung zugesagt. Auch die Reichszentrale für Verkehrswerbung in Berlin hat eine interessante Wanderausstellung zur Verfügung gestellt. In der Ausstellungshallen werden alle großen Turn- und Sportverbände mit Sonderausstellungen vertreten sein. Neben der Turn- und Sportbewegung soll vor allem auch das Wandern und Reisen und nicht zuletzt der Wochenendgedanke zu Worte kommen, und so haben denn auch die Wandervereine und Verbände ebenfalls die größte Unterstützung zugesagt.

Eine wesentliche Bereicherung erfährt das Ausstellungsprogramm durch die Große Tagung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen vom 2.-4. Juli. Am 3. Juli wird eine große Kundgebung im Festhalleaal stattfinden, bei der voraussichtlich Staatssekretär Dr. Kewalk, Oberbürgermeister Dr. Wenauser, Köln, Oberbürgermeister Böhler oder Oberbürgermeister Dr. Jarres sprechen werden.

**Todesfälle.** Im Alter von 78 Jahren ist hier Altstadtrat Friedrich Gottfried Jünger gestorben. Er gehörte zu den bekanntesten und angesehensten Mitbürgern der Stadt Karlsruhe. Ein weiteres Opfer hat der Tod gefordert in der Person des in weiten Kreisen bekannten Malermeisters Eduard Oeffel.

**Geographische Vorlesungen an der Technischen Hochschule.** Mit Beginn des Sommersemesters finden an der hiesigen Technischen Hochschule wieder geographische Vorlesungen statt und zwar ist Oberregierungsrat M. Walter im Unterrichtsministerium damit beauftragt. Wie wir hören, wird er über allgemeine Siedlungsgeographie und zwar im Sommersemester über ländliche Siedlungen lesen.

**Jahrmärkte für Jung und Alt.** Zugunsten der Erbauung eines Karlsruher Kinderkolobades in Donaueschingen veranstaltet bekanntlich der Verein Jugendhilfe Karlsruhe in der Zeit vom 21.-28. Mai d. J. in der städtischen Ausstellungshalle und auf dem anschließenden Platz ein Wohltätigkeitsfest unter dem Titel „Jahrmärkte für Jung und Alt“. Durch diese Veranstaltung soll ein Teil der Baukosten für die dringend nötige Heil- und Pflegestätte unserer Kinder aufgebracht werden. Die Vorbereitungen zu dem Feste sind in vollem Gange. Stadt-Oberbaupinspektor Müller hat ein Programm aufgestellt, das in seiner Leinheit und Reichhaltigkeit sicher während der 8 Tage der Veranstaltung stets die größte Anziehungskraft ausüben wird. Um die zur Durchführung des „Jahrmärktes“ nötigen Kräfte zu gewinnen, hatte der Ausschuss des Vereins Jugendhilfe auf Montag nachmittags zu einer Versprechung in den Scharbeitsaal der Hochschule eingeladen. Nach kurzen Begrüßungsworten durch den 1. Vorsitzenden des Vereins Jugendhilfe, Altstadtrat Dr. Weil, schilderte Stadt-Registrator Dr. Kauf den Zweck des zu errichtenden Kolobades in Donaueschingen; Oberbaupinspektor Müller gab einen gedrängten Überblick über das zu veranfaltende Fest. Nach kurzer Aussprache konnte zur Verteilung der verschiedenen Arbeiten und Funktionen auf dem Jahrmärkte geschritten werden.

**Badische Jugendlotterie Karlsruhe.** Die Aussicht, für 50 Pfennig in der Bad. Jugendlotterie ein neues Einfamilienhaus zu gewinnen, hat allgemein zu einer lebhaften Beteiligung aller Bevölkerungskreise Badens an der Lotterie angeregt. Trotzdem ist aber noch ein kleiner Teil der Lose unverkauft, weshalb die Ziehung um kurze Zeit nur, und zwar auf den 20. Juni 1927, verschoben werden muß. Unter Berücksichtigung dessen, daß die Badische Jugendlotterie unbedingt und in erster Linie eine Wohlfahrtsangelegenheit darstellt, welche das gesamte badische Volk in allen seinen sozialen Schichten interessieren sollte, bitten die an der Lotterie teilnehmenden Verbände und Organisationen der Jugendpflege um weitere Mithilfe aller ihrer Freunde. Jugendheime und Jugendherbergen sind für Ferien und Freizeiten unerlässliche Notwendigkeit geworden. Die beteiligten Verbände vermögen ihren Aufgabekreis aber nur dann zu erfüllen, wenn die Lotterie mit einem reißenden Erfolg durchgeführt wird und damit neue Mittel abgebracht werden.

**Badisches Landestheater.** Am Sonntag, den 1. Mai, wird Richard Wagners „Lohengrin“ wiederholt. Dieses beliebte Meisterwerk in dieser Spielzeit noch wenig gegeben. Musikalische Leitung: Dr. Heinz Knoll, szenische Leitung: Otto Krauß. Als Novität wird für Mitte Mai die einaktige Oper „Cocurdamme“ von Hugo Möhr vorbereitet. Sie wird zusammen mit der komischen Oper „Frauenlist“ vom gleichen Komponisten gegeben werden, die bereits 1918 mit großem Erfolg über die Bretter des Landestheaters ging. „Cocurdamme“ ist bisher nur im Staatstheater in München herausgekommen, wo die Oper ihre sehr erfolgreiche Aufführung hatte.

**Eine Hängebrücke bei Köln.** Die Kölner Stadtverordnetenversammlung nahm in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 36 Stimmen einen Antrag an, der sich für die Verwendung einer Hängebrücke über den Rhein zwischen Köln-Mülheim ausspricht. Damit ist der Kruppische Vogenbrückenentwurf „Aus einem Guß“ abgelehnt.

## Bandel und Wirtschaft

**Der Londoner Feingoldpreis.** Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungstelle vom 26. April d. J., beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10 1/2 d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7375 pence.

**Geschäftsaufsicht über Gebr. Simmelsbach u. Co.** Das Amtsgericht Freiburg i. Br. hat der „Frankfurter Zeitung“ zufolge dem Geschäftsaufsichtsverfahren über die Firma Gebr. Simmelsbach u. Co. zugestimmt.

**Weinversteigerung in Deidesheim.** Der Ringerverein Deidesheim hielt am Mittwoch eine Weinversteigerung ab. Die erzielten Preise waren bei guter Steigluft hoch. Ausgeboten wurden 2000 Flaschen 1924er Flaschenweine, 13 Stück 20 Halbstück und 2 Viertelstück 1925er Weißwein. Die 1924er Flaschenweine erreichten Preise von M. 2,20, 2,40, 2,70 und 2,90; die 1925er Weißweine kamen auf M. 2000-2240, M. 2500-2500, M. 2700-2900, M. 3000-3660. Es wurde ein Gesamtumsatz von M. 73 000 erreicht.

### Jahresabluß der F. G. Farbenindustrie

Der Rohgewinn beträgt 186,1 Millionen, der Reingewinn 68,7 Millionen. Die Dividende wird mit 10 Proz. vorgeschlagen. Einschließlich des Gewinnvortrages aus dem Vorjahre werden insgesamt 2,4 Millionen auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Geschäftsbericht bezeichnet den Verlauf des Jahres 1926 im allgemeinen als befriedigend. Die Besserung der wirtschaftlichen Lage hat sich auch auf die Geschäfte der Gesellschaft günstig ausgewirkt. Auf dem Farbstoffgebiete ist der Konkurrenzkampf noch schärfer geworden. Trotzdem konnten die Absatzgebiete behauptet und in manchen Ländern ausgedehnt werden. Auf dem wichtigen Gebiete der anorganischen Erzeugnisse, der organischen Zwischenprodukte und Lebensmittel, namentlich in der zweiten Jahreshälfte, hat sich der Absatz gehoben. Ebenso steigerte sich der Verkauf nach dem Auslande. Das pharmazeutische Geschäft lief in Deutschland zu wünschen übrig, während sich der Auslandsabsatz nach einer großen Zahl von Ländern günstig entwickelte. Auf dem Gebiete der photographischen Abteilung wurden Neuerungen herausgebracht. Der Umsatz konnte im In- und Auslande erfreulich gesteigert werden. Die Erlöse wurden jedoch durch die starke Konkurrenz beeinträchtigt. — Die Betätigung auf dem Kunstseidegebiete hat durch die Fusion mit Köln-Rottweil eine Ausdehnung erfahren. Von der Umstellung der Betriebe wird eine Besserung der Ergebnisse erwartet. Die Erzeugnisse konnten glatt abgesetzt werden. Die Preise werden jedoch als noch nicht befriedigend bezeichnet. Der Absatz mit Stickstoffverbindungen war befriedigend. Im laufenden Geschäftsjahre hat der Verbrauch in Stickstoffdüngemitteln nun fast eingeseht, so daß heute die gesamten Lagerbestände geräumt sind, und die Verwaltung die Absatzzunahme für das Ende des Düngejahres auf mindestens 20 Proz. schätzt. Der neue Völldinger Nitrophoska der F. G. fand auch so gute Aufnahme, daß die heutige Erzeugung hiervon nicht zur Deckung des Bedarfs genügt. Das Stickstoffexportgeschäft wird gegenüber dem vergangenen Düngejahr auf eine Zunahme von etwa 20 Proz. steigen. Die für die Zwecke der Kohlenverflüchtigung auf den Merseburger Werken errichteten größeren Anlagen haben planmäßig am 1. April 1927 den Betrieb aufgenommen, so daß bald eine nicht unwesentliche Beteiligung der F. G. Farben an der deutschen Benzolverfertigung erwartet werden kann.

## ZUM 1. MAI

Giovanoli, Dr. F.

## Die Maifeierbewegung

Ihre wirtschaftlichen und soziologischen Ursprünge und Wirkungen

(Sozialwissenschaftliche Abhandlungen I)

8°. XII und 140 Seiten, brosch., M. 4.50

### Urteile:

Den Hauptwert des Buches sehen wir in der feinsinnigen psychologischen und soziologischen Analyse des Maifeiergedankens. Die Arbeit

Das Buch ist eine wahre Fundgrube. Es ist für jeden in der Arbeiterbewegung stehenden Kämpfer unentbehrlich. Die Welt am Abend

Verlag G. Braun  
in Karlsruhe



Wir können Ihnen  
nicht oft genug sagen:  
Es liegt nur am Tabak!

Darum ist  
Halpau  
MoCCA  
die besonders gute, daher besonders preiswerte 5 Pfg. Cigarette.

## Börsen und Märkte

Wochenchau nach dem Stand vom 28. April

Die Börse lag in dieser Woche schwächer. Die großen Kurssteigerungen der letzten Woche reizten sowohl im Publikum wie bei der Spekulation zu Gewinn-Mitnahmen. Die Tendenz wechselte mehrmals. Die Geschäftstätigkeit hatte namentlich unter dem Einfluß der Geldmarkt Sorgen zu leiden. Die Londoner Diskontermäßigung regte nur zeitweise an. Vereinzelt wurde auch die Außenhandelsbilanz für März als Baugeschäft angeführt, obwohl sie gegenüber dem Februar eine schon ins Gewicht fallende Besserung zeigt. Kurz vor Ultimo erlebte die Börse aber überraschend wieder einen Aufstiege, ausgehend von einigen Spezialwerten, besonders Banken und Mobilitäten. Die Käufe wurden aber hauptsächlich aus den Kreisen der Banklandschaft bestritten, während die Umsätze der Kasse geringer waren.

Am Geldmarkt hielt die Verknappung an. Die Nachfrage nach Tagesgeld war stark und man mußte wieder 5% bis 7% Proz. bewilligen. Monatsgeld kostete unverändert 6% bis 7% Proz. Der Reichsbankpräsident setzte seine Kreditpolitik, von der Börse immer mehr Gelder abzugeben, weiter fort. Darauf ist auch die inzwischen erfolgte Überleitung von Reichsbankgeldern zur Golddiskontbank zu erklären, deren Fehlen am offenen Markt deutlich spürbar wurde. Man befürchtet, daß die Großbanken als Ausgleich für die abgezogenen Gelder eine Kürzung der der Börse zur Verfügung gestellten Mittel vornehmen werden. Eine bestimmte Absicht besteht aber vorerst noch nicht. Neben dieser Geldzurückziehung durch die Reichsbank ist ein weiterer wichtiger Grund für die Zuspitzung der Lage am Geldmarkt die gesteigerte Umsatztätigkeit der Wirtschaft, die einen entsprechend gesteigerten Geldbedarf im Gefolge hatte.

Produktenmarkt. Die Getreidebörsen waren besetzt. Das heimische Getreideangebot ist unverändert klein, dagegen ist in Auslandsgetreide ansehnliches Geschäft. Die erhöhten Auslandsforderungen regten an. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 282 (plus 8), Roggen 259 (plus 2), Wintergerste 210 (plus 3), Sommergerste 249 (plus 4), Hafer 230 (plus 3) Mark je pro Tonne und Mehl 30% (plus 1/2) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Kohlenförderung hat im März weiter abgenommen. Der Absatz war schwierig, besonders im Hausbrand infolge der einsetzenden milden Bitterung und des Abwartens der Sommerabgabe. Auf den Auktionsbörsen ergaben sich nicht unbeträchtliche Steigerungen.

Geldmarkt. Auf den Geldmärkten blieb die Stimmung nach wie vor fest. Während die Nachfrage zugenommen hat, wird das Angebot immer kleiner.

## Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:  
Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriewachmeister Emil Dofer in Untereggingen, Amt Waldshut.

In den Ruhestand versetzt:  
Polizeiwachmeister Peter Hähler in Mannheim.

Gestorben:  
Polizeisekretär Friedrich Gabriel in Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Versetzt:  
Die Finanzsekretäre Wolfgang Stud bei der Zentralschulfondsverwaltung zum Ministerium des Kultus und Unterrichts und Erwin Barth daselbst zur Zentralschulfondsverwaltung Karlsruhe.

## Badisches Landestheater

Spielplan vom 30. April bis 10. Mai 1927

a) Im Landestheater:

Samstag, 30. April. \* G 25. Th.-Gem. 1901-1925. Judith. Tragödie von Hebbel. 7 1/2 bis 9 1/2 (5.-).

Sonntag, 1. Mai. \* E 25. Th.-Gem. 1. S. Gr. Lohengrin. von Richard Wagner. 6 bis 10 (8.-).

Montag, 2. Mai. Th.-Gem. 2. S. Gr. und 701-1000. 10. (letztes) Sinfonie-Konzert. Werke von Brudner (6. Sinfonie), Bach und Weber. Leitung: Generalmusikdirektor Krips. 8-9 1/2 (4.-).

Dienstag, 3. Mai. Volksbühne 8. Das Grab des unbekanntes Soldaten. Tragödie von Paul Raynal. 7 1/2 bis 9 1/2 (5.-).

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Mittwoch, 4. Mai. Außer Riete (erstes Vorrecht Riete F) Einmaliges Gastspiel Max Ballenberg mit seiner Gesellschaft: Familie Schimel. Scharant von Gustav Kadelburg. 8-10 (4.-).

Donnerstag, 5. Mai. \* A 24 (nicht Donnerstagniete). Th.-Gem. 3. S. Gr. Die Entführung aus dem Serail. Komische Oper von Mozart. 8 bis 9 1/2 (7.-).

Freitag, 6. Mai. \* F 24 (Freitagniete). Th.-Gem. 2. S. Gr. Judith. Tragödie von Hebbel. 7 1/2-10 1/2 (5.-).

Samstag, 7. Mai. \* B 25. Th.-Gem. 101-200. Zum ersten Mal: Solone oder Der Tanz ums Geld. Eine stücklose Komödie von Ben Jonson. 7 1/2 bis 9 1/2 (5.-).

Sonntag, 8. Mai. Nachmittags: 17. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Fibelis. Oper von Beethoven. 5 bis 9 1/2 (4.-).

Abends: Außer Riete (erstes Vorrecht Riete G). Einmaliges Gastspiel Joseph und Maria Blaut: Die Fiedermaus. Operette von Johann Strauß. 7 1/2 bis 9 1/2 (8.-).

Montag, 9. Mai. Volksbühne 9. Egmont. Trauerspiel von Goethe. 7 1/2-10 1/2 (5.-).

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Dienstag, 10. Mai. \* C 24. Th.-Gem. 1-100 und 201-300. Tiefstand. Musikdrama von d'Albert. 8-10 1/2 (7.-).

b) Im Rieb. Konzerthaus:  
Sonntag, 1. Mai. \* Kreuzfeuer. Lustspiel von Rudolf Presber und Leo Walther Stein. 7 1/2-9 1/2 (4.-).

Sonntag, 8. Mai. \* Dover-Calais. Lustspiel von Julius Weill. 7 1/2-9 1/2 (4.-).

Rundfunkstunde des Badischen Landestheaters Freitag, den 6. Mai 1927, 6,45 Uhr.

Voranündigung des Badischen Landestheaters

Freitag, 13. Mai. Einmaliges Ballett-Gastspiel Tamara Samafourdia und Alexandre Demidoff.

Sonntag, 15. Mai. Gastspiel Lily Gafgren: Tristan und Isolde von Richard Wagner.

Die Wairate (9. Rate) des Abonnements möge vom 2. Mai bis 5. Mai an der Vorverkaufsstelle einbezahlt werden. Vom 6. Mai ab erfolgt Hauseingang.

Vorrecht. a) Bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Blockbiletten jeweils ab Samstag nachmittags 3 1/2 bis 6 Uhr.

b) Bei Vorstellungen außer Riete: Vorrecht der Platzmieter mit 10 Proz. Nachschuß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9 1/2-12 Uhr. — Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt.

c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf. \* Vorverkaufsstelle des Landestheaters, Fernspr. 6288. An der Stadt: Hauptverkaufsstellen Musikalienhandlung Frh Müller, Gde Kaiser- und Waldstraße, und Reisebüro Hermann Mehle, Kaiserstraße 141. Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Drumert, Kaiserallee 29 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48.

## Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt bringen wir zur Kenntnis, daß unser hochverehrter Vorsitzender

**Herr Franz Friedrich Geppert**

Obstgutbesitzer in Bühl

in der Nacht vom 27./28. April um 12 Uhr im Alter von 73 1/2 Jahren durch einen sanften Tod nach längerem Leiden in die ewige Heimat abgerufen worden ist.

Der Verewigte gehörte dem Kreisrat seit dem Jahre 1906 ununterbrochen an, am 5. August 1913 wurde er zum Kreisvorsitzenden gewählt.

Seine ganze Sorge gehörte stets dem Kreis und seinen Aufgaben, die er mit unermüdetem Fleiß in größter und selbstlosester Pflichterfüllung, verbunden mit gewinnender Lebenswürdigkeit, leitete.

Sein Andenken wird im Kreise Baden stets unvergessen bleiben!

Baden-Baden, den 28. April 1927.

Der Kreisrat Baden:

I. V.: Wunder.

## Ausstellung mit Modenschau „Für alle Leute“

Städtische Ausstellungshalle Karlsruhe

vom 30. April bis 9. Mai 1927

Eintrittspreise: 50 Pfennig für Erwachsene

30 Pfennig für Schüler und Kinder

Jeder Besucher erhält ein Geschenk

tionshölzer, 200 qm Dachschalung), Dachdeckerarbeit (2000 qm Schieferdeckung) für Salinen-Neubau Bad Nappenaunach Berordn. b. 27. 7. 22. Unterlagen im Bezirksbauamt Heidelberg Zim. 2 (9-12 Uhr) und im Betriebsbüro Saline Nappenaunach vom 28. April bis 6. Mai d. J. Angebote portofrei verschlossen mit entsprechender Aufschrift bis Montag, den 9. Mai, vormittags 10 Uhr, an das Bez.-Bauamt Heidelberg einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Bad. Bezirks-Bauamt Heidelberg. A. 390

Die Erd-, Maurer- und Betonarbeiten für die Erstellung einer Lokomotiv-Gelenkdrehgestelle von 23 m Durchmesser nebst Aufstellung der vorhandenen Betonwände für ein Kohlenlager. Erstellung der Fundamente für einen Kohlenladekranen u. Wasserkränen sowie Herstellung einer Feuerputzgrube von 20 m Länge einschließlich einer Brauchwasserleitung im Bahnhof Eberbach sollen nach den Bedingungsbedingungen der Reichsbahndirektion Karlsruhe vom 1. Juni 1924 in einem Los öffentlich vergeben werden. Die Arbeiten umfassen unter anderem die Aufstellung von 90 t m vorhandenen Umfassungswänden aus Beton, etwa 850 cbm Erdbauhub, Abbruch von ungefähr 100 cbm Fundamentmauerwerk, Herstellung von etwa 544 cbm Stampfbeton sowie Liefern und Verlegen von 152 t m gußeisernen Aufsenröhren von 200 u. 300 mm Lichtweite. Zeichnungen u. Bedingungen sind auf dem

Güterrechtsregister.

Weinheim. A. 443. Güterrechtsregister Bd. I S. 484: Griseher, Philipp, Rodellschneiderei in Lütelsachsen, u. Anna geb. Seitz. Das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches die Geschäfte ihres Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ist ausgeschlossen. 25. 4. 27. Amtsgericht.



Badisches Landestheater

Samstag, 30. April 1927

\* G 25 Th.-Gem. 1901-1925

Judith

von Friedrich Hebbel  
In Szene gesetzt von Felix Baumback

Judith	Fein
Holofernes	Hierl
	Bock
	Graf
	Stubbe
	Müller
	Kienischer
	Krüger
	Stubbe
	Döholt
	Mödel
	Mirga
	Brigam
	Altefe
	v. d. Trench
	Kienischer
	Graf
	Wegner
	Bock
	Gemmede
	Dr. Weidner
	Reiter
	Dahlen
	Sofbauer
	Ermarth
	Kloebke
	Söder
	Gez
	Roß
	Dr. Storz
	Osthol
	Genter
	Frauenhofer
	Rübe
	Graf
Anfang 7 1/2	Ende 10 1/2
I. Sperrzeit 5 M.	
So. 1. Mai Lohengrin	
Konzertabend: Kreuzfeuer	
Mo. 2. Mai	
Letztes Sinfonie-Konzert	

## Teppiche Läufer, Brücken

Gute deutsche Qualitätsware. Anschaffung möglich für JEDERMANN zahlbar in

9 Monatsraten ohne Anzahlung!

Auch echte Perser zu günstigen Zahlungsbedingungen

Erbitten Sie unverbindlichen Vertreterbesuch. Diskrete Abwicklung! Gefl. Anfragen erbeten unter G. 344 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Die Stelle des

## Assistenten

und zeitweiligen Stellvertreter des Direktors des Städtischen Schlacht- und Viehhofes Heidelberg ist vorerst auf Privatdienstvertrag neu zu besetzen. Eintritt möglichst sofort. Besoldung nach Gruppe X der Stadtbesoldungsordnung. Aufreißungszeit nach Gruppe XI nach zehnjähriger Dienstzeit. Auswärtige Dienstzeit kann angerechnet werden. Die Ausübung von Privatpraxis ist verboten.

Erforderlich: Nachweis der Befähigung zu selbständiger Arbeit in einem bakteriologischen Laboratorium, möglichst längere Erfahrung in der Schlachthofstätigkeit. Bewerber, welche die badische staatsärztliche Prüfung abgelegt haben bzw. gewillt sind, dieselbe im Falle der Übertragung der genannten Stelle nachzuholen, wollen ausführliche Bewerbung mit Lebenslauf, Angabe der Gehaltsansprüche und des möglichen Zeitpunktes des Dienstantritts bis spätestens 5. Mai 1927 schriftlich an den Unterzeichneten richten. Persönliche Vorstellung ist vorerst nicht erwünscht.

Heidelberg, den 20. April 1927.

Der Oberbürgermeister.

## Straßensperre.

Zwecks Herstellung einer neuen Straßendecke wird der Verkehr mit Fuhrwerken aller Art auf Kreisstraße Nr. 9, Jöhlingen-Neopoldshafen, zwischen km 6,665 und 7,700, d. i. vom Bahnhof Weingarten gegen Blankenloch während der Arbeitsausführung, die voraussichtlich in die Zeit vom 4. bis 11. Mai fällt, gesperrt.

Umgehungsveg: anfänglich von Weingarten über Untergrombach, Staffort, Spenglersied nach Blankenloch, später von Weingarten über Staffort nach Blankenloch. Zwischenhandlungen werden gemäß § 123 Ziffer 1 Pol.-Str. G. B. mit Geld oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 28. April 1927. O. 3. 55.

Bad. Bezirksamt — Abt. IV.

## Lagerung feuergefährlicher Flüssigkeiten.

Die Tank- und Apparatenwerke G. m. b. H. A. Michels Prohl a. M. beabsichtigt, für das Stadt. Tiefbauamt Karlsruhe auf dem Anwesen Kaiser-Allee 12, Benzin bis zu 20000 Liter in zwei unterirdischen Lagerbehältern mit je 10000 Liter bauern zu lagern. Etwaige Einwendungen gegen die beabsichtigte Lagerung sind binnen 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt oder beim Oberbürgermeister anzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten. A. 441.

Gesuche und Klagen liegen während dieser Zeit auf dem Rathaus, Zimmer 79, zur Einsichtnahme offen. Karlsruhe, den 28. April 1927. O. 3. 56.

Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Öffentliche Vergabe der Erd- u. Maurerarbeit (800 cbm Fundament-

beton, 400 cbm Backsteinmauerwerk), Zimmerarbeit (170 cbm Konstru-

Druck G. Braun, Karlsruhe